



# „Resilienzwirtschaft“ und Bundeswehrbeschaffung

Ein Plädoyer für ein  
Rüstungsbeschleunigungsgesetz

# Hintergrund „Zeitenwende“ und politische Zielsetzung

## Geopolitischer Hintergrund:

- Der **Angriff Russlands auf die Ukraine** bedroht die europäische Friedensordnung.
- Die **„Zeitenwende“** fordert schnelle und entschlossene Reaktionen.
- Bundesverteidigungsminister Pistorius und Generalinspekteur Breuer fordern **kriegstüchtige Gesellschaft**.

## Verteidigungspolitische Richtlinien 2023:

- Der Fokus liegt auf **wirksamer Abschreckung gegenüber Russland**.
- Trotz der Bedrohungslage mangelt es an ausreichender politischer Unterstützung (s. **mangelnde finanzielle Ausstattung der Bundeswehr**).

## Zielsetzung:

- BDSV fordert die Stärkung der Resilienzwirtschaft in Deutschland und Europa.
- Dazu braucht es ein neues **„Rüstungsbeschleunigungsgesetz“!**



# Industrie-Herausforderungen bei der Bundeswehrbeschaffung

## Mangelnde Planbarkeit der Beschaffungsvorhaben

- Trotz des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens **reichen die Mittel nicht**.
- Allein bis 2028 sind **weitere 100 Mrd. €** für Bundeswehr erforderlich.
- Es braucht **langfristige Verpflichtungsermächtigungen**.
- Langfristige **finanzielle Planbarkeit** ist entscheidend für den Aufbau von Produktionskapazitäten.

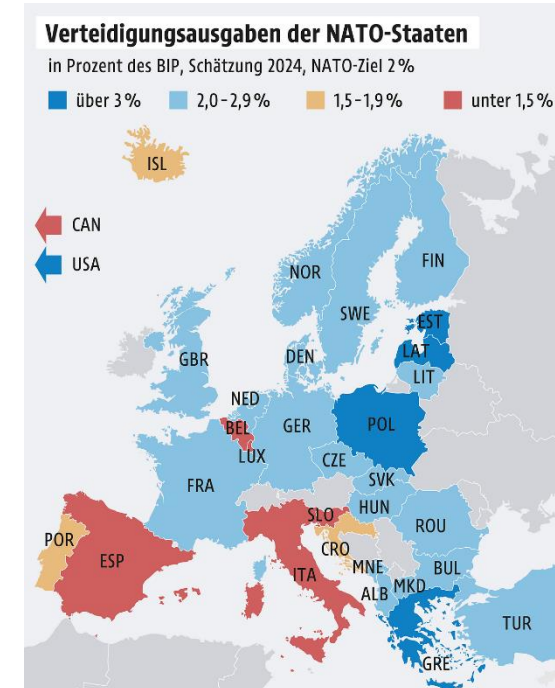
## Weitere Beschleunigung des Beschaffungsprozesses ist möglich

- Mit einem „**Rüstungsbeschleunigungsgesetz**“ (BwBeschBeschIG 2.0“) müssen weitere Grundlagen für schnelleren Kapazitätsaufbau bei der Industrie geschaffen werden.
- Noch bestehende **rechtliche Hindernisse** für die **Beschaffungsverwaltung** der Bw **sind abzubauen** (bei der Anwendbarkeit von Art. 346 AEUV, bei der frühzeitigeren Einbindung der Industrie in den Beschaffungsprozess oder bei Innovationspartnerschaft als Vergabeweg).
- Beschaffungsverwaltung und Industrie müssen **zusammenarbeiten**, um die Prozesse zu optimieren.

Mittwoch, 11. September 2024



Bundesverband der Deutschen  
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.



# „BDSV-10“ für ein „Rüstungsbeschleunigungsgesetz“

## 10 Gründe für ein nationales „Rüstungsbeschleunigungsgesetz“:

1. Notwendigkeit langfristiger finanzieller Planbarkeit
2. Gesamtverteidigung erfordert schnellere Umsetzung
3. Resilienzwirtschaft erfordert höhere Agilität und Anpassung
4. Spezielle gesetzliche Regelungen zur Sicherung von Lieferketten
5. Lieferketten-Abhängigkeiten erkennen und verringern
6. Aufhebung des Konflikts zw. Sicherheit und Nachhaltigkeit
7. Planung von Produktionsanlagen erfordert BeschIG (s. LNG)
8. Personalrekrutierung und Überleitung („Auto zu Defence“)
9. Vorhaltung von Resilienzreserven muss möglich sein
10. Mehr Spielräume in der dt. Rüstungsexportkontrolle nötig

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 1

## 1. Notwendigkeit langfristiger finanzieller Planbarkeit

- Die dt. SVI hat gem. politischer Vorgabe in großem Umfang neue Kapazitäten aufgebaut, auch auf eigenes Risiko.
- Ohne Aufwuchs EP 14 in der MiFriFi drohen der dt. SVI Leerstände, Abschreibungsverluste und Investoren-Flucht.
- Für belastbare Business-Cases brauchen wir langfristige Bestell-/Auftrags-Perspektiven; das bloße 2 %-Versprechen ohne Haushaltsunterlegung reicht dafür nicht!
- Die von BMF/BMWK angestrebte Reduzierung des Zinses auf Betriebsnotwendiges Kapital bedeutet, dass bei Bw-Aufträgen keine Profitabilität mehr möglich ist (öff. PreisR)!
- Die Unterfinanzierung bei Bedarfen der Bundeswehr, aber auch der übrigen „Gesamtverteidigung“ ist zu beseitigen!

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 2

## 2. „Gesamtverteidigung“ erfordert schnellere Umsetzung

- „Gesamtverteidigung“ im Sinne umfassender Resilienz erfordert, dass militärische Abschreckung mit wirksamem, staatlich finanziertem Zivilschutz einhergeht (s. Haushalt).
- Sicherheitsbezogene Forschung sowie deren Anwendung müssen agiler und „schnellzyklischer“ gemacht werden.
- Schutz der Forschung vor Ausspähung, Missbrauch und ausländischer Einflussnahme muss gesichert werden.
- „Zivilklauseln“ an immer noch mehr als 70 deutschen Hochschulen müssen endlich abgeschafft werden.
- Versorgungssicherheit für Bundeswehr u. Zivilgesellschaft sollte zu einer Revision der Sicherstellungsgesetze führen.

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 3

## 3. Resilienzwirtschaft erfordert höhere Agilität und Anpassung

- Die SVI – insbes. der Mittelstand - leidet an bürokratischer Überlastung und Langsamkeit aller Prozesse; immer neue Belastungen kommen hinzu: Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD).
- Stattdessen braucht es ständige Agilität und Anpassung an neue Technologien, bedingt u.a. durch neue Bedrohungen.
- Dies muss sich auch in den Beschaffungsprozessen von Bundeswehr („PBN +“) und BOS ermöglichen lassen!
- Zugleich ist die Bewahrung intakter, eingespielter Lieferketten ein Erfolgsfaktor für mehr und schnellere Rüstung!
- Gerade bei schneller Veränderung der Produkte müssen sich die Systemhäuser auf Lieferketten verlassen können!

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 4

## 4. Spezielle gesetzl. Regelung zur Sicherung von Lieferketten

- Für nationale Schlüsseltechnologien sieht die bisherige Sicherungspraxis unter bestimmten Voraussetzung bereits eine Verpflichtung des Unternehmens zur Vorhaltung von Fähigkeiten und Kapazitäten für die Bundeswehr vor.
- Ggfs. sind Unterlieferanten zur Aufrechterhaltung von für Bundeswehr/BOS kritischen Lieferketten zu verpflichten.
- Bei Krisen der nat. Sicherheit greift eine „Vorsorgeklausel“ (B077); daher auf EU-Ebene unter „EDIP“ kaum Bedarf.
- Verpflichtungen daraus dürfen nicht einseitige Belastung sein, sondern müssen durch Positivmaßnahmen (Art. 346 AEUV/F&T) oder durch Geld kompensiert werden.



# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 5

## 5. Lieferketten-Abhängigkeiten erkennen und verringern

- Die dt. SVI ist von Rohstoffen aus PRC abhängig, (Grafit Germanium, Gallium, Antimon); ebenso von Halbleitern aus Taiwan.
- Die US-Administrationen haben seit Jahren Geld ausgegeben, um diese Abhängigkeiten zu reduzieren (s. „NDIS“).
- Die EU begrenzt die Optionen für alternatives Sourcing weiter durch die Lieferketten-Gesetzgebung (s. CSDDD).
- Für SVI-Produkte bedarf es einer zwischen Industrie und Staat abgestimmten Rohstoff-Vorsorge! Der EU-Critical Raw Materials Act liefert hierzu wichtige Impulse.
- CSDDD muss in neuer EU-Legislatur abgemildert werden.
- REACH/PFAS-Stoffe: Militärische Ausnahmen alleine reichen nicht aus; Hersteller stellen Produktion ein (wie 3M).

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 6

## 6. Aufhebung des Konflikts zw. Sicherheit und Nachhaltigkeit

- Es gibt immer noch eine teilw. Ächtung von Rüstung und Waffen aller Art durch Banken und Fonds, damit auch ein „Access to Finance“-Problem; Spezialfonds würden helfen.
- Die „European Defence Industrial Strategy“ (EDIS-05.03. 2024) sagt: *„the defence industry enhances sustainability, given its contribution to resilience, security and peace“*.
- Wir fordern eine Änderung der Finanzmarktregulatorik, konkret der SFDR-Richtlinie (EU 2019/2088): Waffen, die Krieg verhindern, dienen der Nachhaltigkeit!
- Der BMF muss das dt. Green-Bond-Rahmenwerk vom Aug. 2020 ändern. Noch heißt es: Kein „grünes“ Geld für „Rüstung, Verteidigung, Tabak, Alkohol und Glücksspiel“.

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 7

## 7. Planung von Produktionsanlagen erfordert BeschIG (s. LNG)

- Die Herausforderungen bei der Ausweitung von Rüstungs-Produktion sind mit der Gasmangellage zu vergleichen.
- Durch ein RüstungsBeschIG sind Ausnahmen von der EU-RL zur UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung - 2011/92/EU) zu schaffen (wie beim LNG- oder Wasserstoff-BeschIG).
- Konkret heißt das: (a) Verzicht auf UVP in Fällen dringen-der Versorgung mit Rüstungsgütern; (b) nur „betroffene Öffentlichkeit“ wird einbezogen, (c) Fristen sind zu verkürzen, (d) Verfahren werden priorisiert, (e) vorzeitiger Baubeginn, (f) keine aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen.
- Die in den Genehmigungsverfahren offen zu legenden sensiblen Informationen sind vor Ausspähung zu schützen!

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 8

## 8. Personalrekrutierung und -überleitung („Auto zu Defence“)

- Das Hochfahren neuer Kapazitäten für eine nationale Rüstungsanstrengung erfordert **schnell verfügbares Fachpersonal**, das u.a. bei Auto vorhanden ist (Bspl. Conti-RM).
- Diese Transformation sollte mit **Unterstützung von BMAS und Bundesagentur für Arbeit (lokal)** erleichtert werden.
- Die Qualifizierung von Personal für Sicherheit und Verteidigung muss erheblich **beschleunigt/gefördert** werden!
- Das **BMWK** muss durch **erleichterte und beschleunigte Verfahren bei der Geheimschutzermächtigung flankieren**.

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 9

## 9. Vorhalten von „Resilienzreserven“ muss möglich sein!

- Das Produzieren von Kriegswaffen ist nach § 12 KWKG **nicht auf Vorrat oder in Vorleistung** möglich (also keine Reserven ohne Auftrag; anders nur bei Komponenten).
- **Solche Resilienzreserven** sind im Sinne strategischer Lagerhaltung aber für Gesamtverteidigung unverzichtbar.
- Zum „Warmhalten“ von Produktion bedarf es **gesetzlicher Anpassungen im KWKG**. Aber auch **Detailregelungen**, wie Genehmigung von Munitionslagerung, sind anzupassen.
- Ebenso sind weitere **Erleichterungen in der VSVgV** denkbar: Dringlichkeitsregeln, VOL-Ausnahmen, Wettbew. Dialog).
- **Ein RüstungsBeschIG** könnte auch dies umfassen!

# „BDSV-10“ für eine deutsche „Resilienzwirtschaft“ - 10

## 10. Mehr Spielräume in der dt. Rüstungsexportkontrolle nötig:

- Die dt. SVI ist im Verhältnis zu europ. Konkurrenten nur **wettbewerbs-/kooperationsfähig**, wenn Export möglich ist; **Ausschluss von Exporten in Drittländer ist nicht verkraftbar**.
- Nicht nur für dt. SVI, sondern **auch für die BReg. bleibt Rü-Export zentral**, weil sonst andere (u.a. China, Russl.) liefern.
- Auch ist RüExport **essentiell für europ. RüKooperation**; dabei darf dt. Anteil nicht per „Mehrheitsregel“ auf „De-Minimis“-Anteile reduziert werden (indirektes „German-free“)!
- **Verfahrensdauern müssen klar geregelt/befristet und einmal genehmigte Voranfragen mit Vertrauensschutz und entsprechenden Rechtsansprüchen ausgestattet werden.**
- **Wir brauchen Berechenbarkeit beim Rüstungsexport!**